China droht mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Die chinesische Regierung überreichte dem deutschen Gesandten in Peking eine Note über den Beschluß Deutschlands auf Einführung des uneingeschränkten Tauchbootskrieges. Die chinesische Regierung verweist darauf, daß eine derartige Maßregel unzulässig sei, protestiert energisch und drückt die Hoffnung aus, daß diese Absicht nicht durchgeführt wird. Die chinesische Regierung fügt hinzu, wenn die deutsche Regierung diesem Proteste keine Aufmerksamkeit schenkt, werde sie gezwungen sein, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, um durch diesen Schritt zum Respekt der Rechte der Neutralen beizutragen. Gleichzeitig richtete die chinesische Regierung an den Pekinger Gesandten der Vereinigten Staaten eine Note, in der sie erklärt, sie schließe sich völlig dem Standpunkte der Vereinigten Staaten an, und in der sie ihre Antwort an Deutschland bekannt gibt.

Dazu sagt die Vossische Zeitung: China sei durch seine militärische Hilflosigkeit gegenüber Japan und seine finanzielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in einer Lage, die jedem Druck dieser Mächte Tür und Tor öffne.

Noch und nach sind nun auch noch weitere Proteste neutraler Staaten gegen die Seesperre Deutschlands eingelaufen. Aus Brasilien verlautet, daß die Regierung die Aufforderung der Vereinigten Staaten, sich ihnen anzuschließen, mangels gleicher Voraussetzungen abgelehnt habe und sich auf einen Protest gegen die etwaige Beeinträchtigung brasilianischer Interessen beschränken werde. — Der chilenische Minister des Aeußeren hat in seiner Antwort an den Präsidenten Wilson erklärt: Die chilenische Regierung habe der deutschen mitgeteilt, daß ihrer Ansicht nach die Rechte der Neutralen durch die angekündigte U-Boots-Aktion verletzt würden, und daß diese deshalb nicht gutgeheißen werden dürfe. Die chilenische Regierung glaubt, daß diese Haltung den Absichten der Vereinigten Staaten, durch einheitliches Vorgehen das Recht zu schützen und den Frieden zustande zu bringen, entsprechen würde.

Einem Amsterdamer Blatt zufolge wird der Times aus Athen telegraphiert, daß die griechische Regierung an Amerika eine Note richtete, in der u. a. erklärt wird, die griechische Regierung habe bei der deutschen bereits Vorstellungen gemacht, wünsche aber an ihrer Politik strenger Neutralität festzuhalten, besonders unter den Verhältnissen, in denen sich Griechenland jetzt befinde.

Neben diesen Protesten hört man auch von Bemühungen Neutraler, um zwischen Deutschland und Amerika zu vermitteln. Aus verschiedenen Quellen wird gemeldet: Zwischen den europäischen Neutralen sollen zur Zeit Verhandlungen schweben, um Deutschland durch einen gemeinsamen Schritt zu veranlassen, den Tauchbootkrieg abzuändern oder einzuschränken. Der Washingtoner Korrespondent der Neuyork-World berichtet von großen Anstrengungen, die Schweden, die Schweiz und Spanien in dieser Sache unternehmen. Eine friedensfreundliche Konferenz südamerikanischer Diplomaten schlug vor, sich an einer Konferenz der Neutralen in Madrid zu beteiligen, um einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu verhindern.

Inzwischen gestaltet sich die Lage aber immer kritischer. Staatssekretär Lansing sagte auf einem Bankett am Sonnabend abend: Man darf nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß wir dicht vor dem Kriege stehen. Aber die Hoffnung ist allgemein, daß es dem Lande erspart bleiben möge, in den Konflikt hineingetrieben zu werden. Es ist auch der Wunsch und das Bestreben der Regierung, den Frieden zu erhalten.

Nach dem Kabinettsrat am letzten Freitag in Washington wurde gesagt, daß, wenn es zum Kriege käme, Amerika lediglich einen Verteidigungskrieg führen werde. Der Kongreß brauche deshalb nicht seine Zustimmung zu einer Kriegserklärung zu geben, sondern habe nur solche Schritte gutzuheißen, um mit Hilfe der Flotte Mittel zum Schutze der amerikanischen Seeleute und des amerikanischen Handels zu finden, wie er in seiner Botschaft sagte.

Der Ministerrat, in dem die Frage der Ausfahrt von Handelsschiffen geprüft wurde, ist zu dem Ergebnis gelangt, den Beschluß des Präsidenten, eine abwartende Haltung einzunehmen, gutzuheißen. Eine amtliche Persönlichkeit erklärte, die Lage gestalte sich jeden Tag immer kritischer. Immerhin zeige jeder Tag auch deutlicher die Absicht Deutschlands, durch alle möglichen Mittel einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden.

•

Die Fahrt der Dampfer Orleans und Rochester.

Lugano, 12. Februar. Die italienische Presse zeigt das lebhafteste Interesse an der Fahrt der beiden amerikanischen Frachtdampfer Orleans und Rochester von Neuyork durch das Sperrgebiet nach Bordeaux. Die Blätter betrachten diese Schiffe als ein Mittel der Washingtoner Regierung, die Entscheidung zu erzwingen, indem sie die Behauptung aufstellen, daß Amerika, falls die Schiffe torpediert werden sollten, zur Kriegserklärung schreiten werde, oder aber, daß Deutschland, falls die Schiffe sicher in ihren Bestimmungshafen gelangen, eine diplomatische, moralische und maritime Niederlage erleiden würde.

Haag, 17. Februar. Aus Neuyork wird über London gemeldet: Die amerikanischen unbewaffneten Frachtboote Orleans und Rochester fahren um die Wette, wer von ihnen als erstes amerikanisches Schiff zuerst die Gefahrzone überschreitet. New York Globe meint, die Weigerung der amerikanischen Regierung, den Personendampfer St. Louis begleiten zu lassen, bilde einen Teil ihrer Politik, der darauf ausgehe, Berlin die Eröffnung der Feindseligkeiten zu überlassen.

•

Der Hafen von Neuyork ist nach einer Meldung der Vossischen Zeitung von amerikanischen und neutralen Schiffen überfüllt, die die Sperrzone nicht zu durchfahren wagten.

Die American-Line teilt mit, ihre Schiffe würden nicht über den Atlantischen Ozean fahren, wenn die Regierung nicht Bedeckung oder Geschütze und Bedienungsmannschaften stelle.

•

Ein Drahtnetz zum Schutze des Hafens von Neuyork.

Basel, 13. Februar. Schweizer Blätter melden aus Neuyork, daß man mit der Herstellung der Drahtnetze in der Länge von zwei Seemeilen begonnen hat, die allabendlich ausgelegt werden sollen, um den Hafen von Neuyork vor Angriffen durch Unterseeboote zu schützen.

Ablauf der Schonzeit im Sperrgebiet.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: In der Nacht vom 12. zum 13. Februar ist die bisher nicht bekanntgegebene Schonungsfrist im Sperrgebiete des Atlantischen Ozeans und des englischen Kanals für neutrale Dampfer, denen die Nachricht von der Sperrgebietserklärung nicht mehr rechtzeitig zugegangen war, abgelaufen.

In der Nordsee ist dies bereits in der Nacht vom 6. zum 7. Februar der Fall gewesen, im Mittelmeere in der Nacht vom 10. zum 11. Februar. Nunmehr gilt nur die allgemeine für die Sperrgebiete erlassene Warnung, nach der die Schiffahrt auf keine Einzelwarnung mehr rechnen kann.

Schiffe, die dennoch die Sperrgebiete befahren, tun dies mit voller Kenntnis der ihnen und den Besatzungen drohenden Gefahr.

Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß alle von feindlicher Seite verbreiteten Nachrichten über Torpedierungen neutraler Schiffe ohne vorheriges Anhalten vor obigen für die einzelnen Sperrgebiete genannten Daten falsch sind. Die angegebenen Schonzeiten galten sogar auch für feindliche Passagierdampfer, soweit sie unbewaffnet waren, weil auf ihnen neutrale Passagiere ohne Kenntnis der Seesperre sein konnten.

Zum Ablauf jeder Schonfrist im U-Boots-Kriege schreibt die Germania: Es zeige sich heute schon, daß die Vernichtung feindlichen Frachtraums im schnelleren Tempo tatsächlich geeignet sein würde, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Nichts würde geschehen, die Amerikaner herauszufordern, aber auch nichts unterlassen, unsere verkündete Absicht restlos durchzuführen.

•

Neue Versenkungen.

Ein deutsches U-Boot hat ein französisches Kampfflugzeug abgeschossen. Es gelang zugleich, dessen beide Insassen gefangenzunehmen. Ein anderes U-Boot versenkte sieben Dampfer und drei Segler mit einem Tonnengehalt von insgesamt 22 000 Tonnen. Ein drittes U-Boot torpedierte vier Segler und zwei Dampfer, darunter den russischen Dampfer Cereos mit 5000 Tonnen, der Kohle für die französische Admiralität geladen hatte.

Unter den zehn Dampfern, die, wie bereits gemeldet, von einem deutschen Unterseeboote versenkt und torpediert wurden, befanden sich zwei bewaffnete Dampfer und ein englischer Getreidedampfer von 7500 Tonnen.

Morgenblatt meldet aus London: 18 britische Schiffe von 60 000 Tonnen seien weiter versenkt worden.

Der Temps bringt die Lloydliste der versenkten Schiffe von gestern mit vier englischen Dampfern, darunter dem bereits gemeldeten Postdampfer Manila, 8250 Tonnen, zwei norwegischen Schiffen und drei holländischen Seglern, insgesamt ungefähr 25 000 Tonnen.

Daily Telegraph meldet noch den Untergang folgender Schiffe: Cliftonian, englisch, 4303 Tonnen; Explorer, englisch, 7608 Tonnen; drei kleine Schoner; der englische Dampfer Palm Deaf, der Dampfer St. Minian aus Glasgow, 5026 Tonnen, der Fischdampfer Adelaide, 133 Tonnen.

•

Berlin, 12. Februar. Unter den am 11. Februar als versenkt gemeldeten zehn Dampfern befinden sich außer einem englischen Getreidedampfer von etwa 7500 Brutto-Registertonnen drei bewaffnete große Frachtdampfer und ein unbewaffneter englischer Frachtdampfer von 3500 Tonnen.

Neu eingegangenen Meldungen unserer U-Boote zufolge wurden ferner versenkt ein englischer Schoner unbekannten Namens von etwa 300 Brutto-Registertonnen mit Rohgußgranaten, die französische Bark Hoeland (306 To.) mit Salz und Wein, die französischen Segler Constante und St. Marie, beide mit Kohlenladungen nach Frankreich, ein abgeblendeter Dampfer von etwa 4000 Brutto-Registertonnen, der russische Dampfer Cerea mit 5000 Tonnen Kohlen für die französische Admiralität, außerdem sieben Dampfer und drei Segler, welch letztere insgesamt 22 000 Brutto-Registertonnen hatten.

London, 12. Februar. Lloyds melden, daß der englische Dampfer Netherles (4227 Brutto-Registertonnen), versenkt worden ist.

London, 12. Februar. Lloyds melden, daß der britische Dampfer Lycia (2715 Brutto-Registertonnen), und das Fischerfahrzeug Ostrich (148 Brutto-Registertonnen), versenkt wurden.

Die Gewerkschaften als Friedenspioniere.

Zu der Veranstaltung einer Internationalen gewerkschaftlichen Konferenz, über die wir gestern berichtet haben, macht der Vorwärts folgende Ausführungen:

„Zum erstenmal seit dem Ausbruch des Krieges nimmt somit der Gedanke eines internationalen Arbeiterkongresses während des Krieges festere Gestalt an. Daß seine Verwirklichung solange auf sich warten ließ und auch jetzt noch nicht vollständig gesichert ist, liegt an den tragischen Umständen der Kriegsentstehung und an den bedauerlichen Irrtümern, denen sich die Arbeiter des Auslandes über die Haltung ihrer Kameraden in Deutschland hingaben. Es liegt vielleicht bis zu einem gewissen Grade daran, daß sich die Arbeiter anderer Länder den seelischen Einflüssen der politischen Kriegführung, wie sie von den Regierungen getrieben wurde, zugänglicher zeigten als die deutschen. Aber davon soll in diesem Augenblick nicht mehr gesprochen werden. Festgestellt sei nur, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ebenso wie die freien Gewerkschaften vom Ausbruch des Krieges an stets bereit waren, zu einem internationalen Kongreß zu erscheinen, daß sie einen solchen Kongreß wiederholt angeregt haben, daß diese Anregung aber immer wieder gescheitert ist aus Gründen, die nicht bei denen lagen, von denen sie ausging.

Das Verdienst, das Eis gebrochen zu haben, gebührt den französischen Gewerkschaften. Auf dem Weihnachtskongreß vorigen Jahres in Paris hatte Jouhaux folgende Erklärung abgegeben:

Die Regierung darf nicht der Presse folgen und das deutsche Angebot einfach für eine Schlinge erklären. Enthält es eine Schlinge, so soll man sie nachweisen und der Welt denunzieren. Nur durch eine Veröffentlichung der Kriegsziele wird es gelingen, Klarheit über die Lage zu schaffen. — Was uns Gewerkschaftler betrifft, so sind wir bereit, auf einem internationalen Friedenskongreß zu erscheinen, und wenn die Deutschen durch Vermittelung der schweizerischen Genossen einen internationalen Gewerkschaftskongreß einberufen wollen, so werden wir der Einladung folgen.

Damals schienen die Umstände der Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses besonders günstig. Denn die deutsche Einladung zur Friedenskonferenz war noch nicht abgelehnt, die Eroberungsziele der Entente waren noch nicht aufgestellt, und vom verschärften U-Boots-Krieg war noch nicht die Rede. Und noch eins war bis dahin noch nicht geschehen: der englische Arbeiterkongreß hatte noch nicht seine Solidarität mit dem Kabinett Lloyd George ausgesprochen.

So liegen die Dinge heute in vielfacher Beziehung viel ungünstiger als damals, da Jouhaux seine verheißungsvolle Erklärung abgab. Daß man aber trotzdem den Kongreßgedanken nicht aufgab, ist gut. Wir dürfen jetzt die Hoffnung hegen, daß sich die Arbeitervertreter doch noch früher miteinander an den Friedenstisch setzen werden als die Diplomaten und daß sie sich von ihrer großen Aufgabe durch nichts abdringen lassen werden, die Wegbereiter einer besseren, friedlichen Zukunft Europas zu sein.

Zwei Fragen tauchen dabei auf: werden sich die englischen Arbeiter von ihren französischen Kameraden trennen und den von diesen angeregten Kongreß nicht beschicken? Und werden die Regierungen der Entente am Ende den Arbeitervertretern ihrer Länder die Pässe verweigern, wie es die englische Regierung schon einmal getan hat? Daß wenigstens ein Teil der englischen Arbeiterschaft auf dem Kongreß vertreten zu sein wünscht, ist gewiß, nur Gewaltmaßregeln könnten sie von ihrem Vorhaben abhalten!

In einer Zeit, die uns soviel Enttäuschungen gebracht hat, kann man die Aussichten des geplanten Unternehmens nicht vorsichtig genug einschätzen. Einstweilen darf man nur hoffen, daß der nüchternen, handfesten Arbeit der Gewerkschaften gelingen möge, worum sich wohlmeinende Aufgeregtheit vergebens bemüht hat. Sie tragen in hohem Maße den Beruf in sich, Brücken der Verständigung zu schlagen, Pionniere des Friedens zu sein. Möge es ihnen gelingen!

Die künftige Gemüseversorgung Deutschlands.

Von zuständiger Seite erfahren wir:

Als vor sechs Wochen v. Batocki die Lieferungsverträge zur öffentlichen Erörterung stellte, wurde er mißverstanden, weil man glaubte, es läge in seiner Absicht, eine Aenderung des Systems herbeizuführen, als ob in Zukunft die Kommunalverbände den Abschluß von Lieferungsverträgen für alle Lebensmittel in die Hand nehmen sollten. Das war ein Irrtum. Immer nur handelte es sich bei der Batockischen Anregung um Lieferungsverträge für einzelne Lebensmittel. In erster Linie kommt hierbei das Gemüse in Betracht. Seiner Natur nach eignet es sich nicht für eine zentrale Bewirtschaftung. Das Gemüse wird den Konsumenten am zweckmäßigsten so zugeführt, daß es auf den Märkten und bei den Kleinhändlern zum Verkauf kommt. Dieser Umstand ermöglicht den Abschluß von Lieferungsverträgen. Er gestattet auch, daß der so notwendige Einfluß auf die Produktion im Sinne einer Vergrößerung genommen wird.

Es fehlt uns sehr an Stickstoff. Der Beschaffung des Samens stellten sich große Schwierigkeiten in den Weg, und die Samenpreise sind zum Teil auf das Hundertfache gestiegen. Während bei Wirsingkohl, Weißkohl und Rotkohl für den Hektar nur ein Pfund Samen erforderlich sind, ist bei der Zwiebel pro Hektar ein Zentner Samen, beim Spinat sogar zwei Zentner Samen erforderlich. Die Preise für Zwiebelsamen sind ungeheuer gestiegen. Der Zentner der Samen, der früher 100 Mark kostete, kostet jetzt 8800 Mark.

Deutschland war nie ein eigentliches Gemüseland. Die Gemüsefuhr betrug in den Jahren 1910/13 im Durchschnitt 80 Millionen Mark, während der Gesamtwert der inländischen Produktion auf 200 Millionen Mark geschätzt werden kann. Wir sind also bei Gemüse um ein gutes Viertel auf das Ausland angewiesen. Während des Krieges aber ist die Gemüseeinfuhr der Menge nach um ein Drittel zurückgegangen. Jetzt soll mit allen Kräften für eine vermehrte Einfuhr gesorgt werden. So hoffen wir, im April junge Maiskolben aus Rumänien zu erhalten, die ein ausgezeichnetes Gemüse ergeben. Dänemark liefert uns in der Hauptsache Weißkohl, die Türkei Feigen und Rosinen. Wir haben mit ihr einen Lieferungsabschluß in Höhe von 20 Millionen Mark getroffen, aber die gesamte Einfuhr ist von der Militärverwaltung mit Beschlag belegt worden, um den Truppen das so beliebte Gericht: Klöße mit Backobst liefern zu können. Wir versuchen, die Einfuhr weiter zu steigern. Besonders legen wir größten Wert auf das Frühgemüse. Wir haben einen umfangreichen Abschluß getroffen, der uns täglich 600 Waggonladungen Frühgemüse sichert. Vorläufig aber geht die Einfuhr der Menge nach noch zurück.

Wir stehen einer ungeheuren Steigerung des inländischen Bedarfs gegenüber, der die drei- bis vierfache Friedenshöhe erreicht hat. In unserem Millionenheer gibt es nur wenige, die früher Gemüsekonserven und Marmelade gewöhnt waren. Jetzt werden sie damit versorgt. Und auch die im Lande zurückgebliebene Bevölkerung ist immer mehr zu vegetarischer Kost gezwungen. Wollen wir die inländische Produktion erhöhen, so muß der Anbauer die unbedingte Gewißheit haben, daß er das, was er produziert, zu lohnenden Preisen absetzt. Der Bedarf aber selber muß sich in gewohnter Weise eindecken können.

Das führt zurück zu dem Gedanken der Lieferungsverträge. Sie stellen unmittelbare Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher her. Wir haben vier Arten von Lieferungsverträgen entworfen: zwei beziehen sich auf das Herbstgemüse, zwei auf das Frühgemüse. Der Unterschied war notwendig, weil für das Herbstgemüse, das eine Dauerware ist, ein einheitlicher Preis festgesetzt werden kann. Das Frühgemüse verträgt keine weiten Transporte und hat in den verschiedenen Gegenden verschiedene Preise. Das hat uns aber nicht abgehalten, die Hand auch auf das Frühgemüse zu legen. Hätten wir es nicht getan, so würde sich das Publikum heftig auf das Frühgemüse gestürzt haben und Preise wären eingetreten, die es dem armen Mann völlig unmöglich gemacht hätten, sich einzudecken. Jetzt sind alle Sachverständigen, die früher von Lieferungsverträgen über Frühgemüse nichts wissen wollten, mit dem Vertragsentwurf einverstanden. Die Verträge über das Frühgemüse können keine einheitlichen Preise festsetzen, es wird ihnen nur vorgeschrieben, wie die Preise zu finden sind. In jedem Wirtschaftsgebiet sollen Preiskommissionen aus Erzeugern und Verbrauchern unter Vorsitz eines unabhängigen Verwaltungsbeamten eingesetzt werden, die die Preise unter Zustimmung der Reichsgemüsestelle festzusetzen haben. In Deutschland sind etwa 60 solcher Wirtschaftsgebiete vorhanden, die in fünf große Gruppen eingeteilt sind. In jeder dieser Gruppen soll ungefähre Preisgleichheit herrschen.

Am 15. März wird die Reichsstelle Richtpreise festsetzen, die so lange gelten, bis die Preiskommissionen den Preis gefunden und festgesetzt haben. Wir erfassen nur die Erzeugerpreise. Die Vorgänge auf dem Apfel- und Obstmarkt aber zeigen, was für Zustände eintreten, wenn nicht auch ein Zwischenpreis gefunden wird. Deshalb ist jetzt vorgeschrieben, daß für jeden Geschäftsabschluß zwischen Kleinhändler und Großhändler und zwischen Großhändler und Produzenten im Gemüse Schlußpreise vorgeschrieben werden. Ein jeder hat den Nachweis zu führen, von wem und zu welchen Preisen die Ware erstanden hat. Wir können sagen, daß durch die Lieferungsverträge die Hälfte der Produktion erfaßt werden wird, die übrige Hälfte der Waren wird auf den freien Markt wandern. Für sie aber werden Höchstpreise festgesetzt werden. Immer aber wird dafür gesorgt sein, daß derjenige, der feste Lieferungsverträge abschließt, sich besser steht als derjenige, der den freien Markt versorgt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170213/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG